

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Schwarzgrün zunehmend irrationaler

Liebe Genossinnen und Genossen,

CDU und Grüne, sowohl im Land als auch im Kreis, verhalten sich zunehmend irrationaler. Während die Grünen auf Bundesebene das Wahlrecht ab 16 fordern haben sie im Landtag unseren Gesetzentwurf dazu abgelehnt.

Mit fadenscheinigen Argumenten lehnen sie unseren Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ab, obwohl dies für Einwohner in armen Flächengemeinden mit teilweise hohen fünfstelligen Beträgen eine unzumutbare Belastung ist.

Landesbeamte, mit hohem beruflichem HIV-Risiko, wie insbesondere Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen, verweigern sie einen wirksamen HIV-Schutz (PrEP = Prä-Expositions-Prophylaxe).

Da die Landesregierung aus CDU und Grünen jahrelang bei der Ausbildung von sozialen Fachkräften geschlafen hat, fehlen jetzt massiv Erzieherinnen und Erzieher und weitere Fachkräfte für Kitas und Schulen.

Um den Mangel zu kompensieren, ändern sie jetzt einfach den Fachkräfteschlüssel für Kitas. Im Gegensatz dazu kommt die Ampelkoalition unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz bezüglich der Bekämpfung des Fachkräftemangels gut voran.

Eine gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften wurde 16 Jahre lang von der CDU im Bund blockiert.

Jetzt haben SPD, Grüne und FDP endlich ein Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht, mit dem qualifizierte Leute auch aus nicht-EU-Ländern zuwandern können.

Nach 25-Jahren CDU-geführter Landesregierung in Hessen ist es endlich an der Zeit, dass die SPD auch in Hessen wieder in Regierungsverantwortung kommt und federführend die Rahmenbedingungen für eine sozialere und zukunftsfähigere Politik umsetzen kann.

Liebe Grüße
Eure Karin

Weitere spannende Themen zur Bundespolitik/Aus aller Welt und aus dem Kreis, sowie den Kandidierenden-Newsletter von Simone und Josefine findet ihr weiter unten.

Hier findet ihr eine Auswahl aktueller Landesthemen. Weitere über den Link zu den Pressemitteilungen der Landtagsfraktion:

Landesregierung aus CDU und Grünen jahrelang untätig - nur ausreichend Personal kann Kita-Standards sicherstellen

Anlässlich der heutigen Debatte im Hessischen Landtag über die Bedeutung des Erzieherberufs im Rahmen einer Aktuellen Stunde erklärt die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Lisa Gnadl: „Unsere Kitas sind Bildungseinrichtungen, für die wir zwingend gutausgebildete Erzieherinnen und Erzieher brauchen. Der Fachkräftemangel, der in den Kitas und in anderen Einrichtungen schon seit längerer Zeit schmerzlich zu spüren ist und unter dem nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden, sondern letztlich auch die Kinder und Eltern, darf keinesfalls dazu führen, dass wir auf die Qualität in der frühkindlichen Bildung verzichten. Grundsätzlich brauchen wir deshalb bessere Rahmenbedingungen für die Beschäftigten, mehr Wertschätzung und eine bessere Bezahlung.“

Die Landesregierung habe die Zeichen der Zeit seit vielen Jahren ignoriert und schlicht verschlafen, rechtzeitig gegenzusteuern. Ein ganzes Bündel an Maßnahmen sei notwendig, um die Situation nachhaltig zu verbessern. „Die Ausbildungskapazitäten müssen aufgestockt, das Schulgeld abgeschafft, die Ausbildung grundsätzlich vergütet und eine bessere Praxisanleitung in den Kitas ermöglicht werden. Wir brauchen mehr Studien- und Ausbildungsplätze und müssen die Anleitung der Auszubildenden honorieren. Wir brauchen zudem Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte zur Entlastung des pädagogischen Personals. Vor allem aber müssen wir dafür sorgen, dass die Fachkräfte auch in den Kitas bleiben“, erklärt Gnadl.

[...]

Eine moderate Öffnung des Fachkraftkatalogs hin zu multiprofessionellen Teams sei daher in der jetzigen Situation eine schnell realisierbare Lösung, die von vielen Expertinnen und Experten begrüßt werde und der sich ihre Fraktion ebenfalls nicht verschließen wolle. „Wenn man die Kitas für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger weiter öffnen und gleichzeitig das Berufsfeld nicht dequalifizieren will, dann bedarf es eines umfassenden und durch das Land finanzierten Qualifikationsprogramms und Zeit für Einarbeitung und zur Weiterbildung. Hier muss die Landesregierung aus CDU und Grünen aktiv werden“, so Gnadl.

SPD Fraktion bringt Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein

Im Antragstext heißt es:

„Die Erhebung von Beiträgen für die Erneuerung und Sanierung von Straßen stellt viele Beitragspflichtige angesichts der hohen Beitragsforderungen vor große finanzielle Probleme. Deshalb ist die Straßenbeitragspflicht in erhebliche Kritik geraten.“

Dies setzt die erhebenden Kommunen zunehmend unter Druck. Hinzu kommt, dass die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen rechtlich schwierig und darüber hinaus nicht immer wirtschaftlich ist. Den Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen stehen teilweise erhebliche Personal- und Sachkosten, etwa für die Beauftragung von Ingenieurbüros oder im Zusammenhang mit einer in den letzten Jahren stark gestiegenen Zahl von Rechtsbehelfsverfahren, gegenüber.

Die Einführung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen ist ebenfalls mit Rechtsunsicherheiten und erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden. Auch die Möglichkeiten von Stundung und Ratenzahlungen können die generelle Problematik der starken finanziellen Belastung von Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümern nicht beseitigen. [...]"

Der Innenausschuss hat nun mit den Stimmen von Schwarzgrün die Beschlussempfehlung gegeben, den Antrag abzulehnen.

Gesetz zur vorübergehenden Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden und zur Abwendung von Obdachlosigkeit

Die LINKE hat einen Antrag zur Situation von Geflüchteten eingebracht. Im Antragstext heißt es:

"Das Land Hessen und seine Landkreise und kreisfreien Städte sind dazu verpflichtet, Asylsuchende und Geflüchtete angemessen zu versorgen. Dies umfasst insbesondere die Bereitstellung einer angemessenen Unterkunft. Infolge des Krieges in der Ukraine sind 2022 rund 80.000 Menschen nach Hessen gekommen.

[...] Seit Monaten appellieren Landkreise und Kommunen deswegen an die Bundes- und Landesregierung, sie bei dieser Aufgabe effektiver zu unterstützen, bisher mit mäßigem Erfolg. Es sind zudem immer mehr Menschen von Obdachlosigkeit bedroht und betroffen. Die Zahl der Obdachlosen stieg bereits vor der aktuellen Krise seit 2010 kontinuierlich. Auch mit Blick auf die aktuelle Inflationskrise drohen immer mehr Menschen Mietschulden anzuhäufen und dadurch letztlich ihre Wohnung zu verlieren.

[...] Der anhaltend hohe Zuzug von schutzsuchenden Menschen zwingt Landkreise, Menschen, die nicht mehr vom Geltungsbereich des Landesaufnahmegesetzes (dort § 1, Aufnahmepflicht) umfasst sind, also insbesondere solche, denen ein Aufenthaltsrecht zuerkannt wurde (vgl. § 5 Abs. 3 LAG), aus den Gemeinschaftsunterkünften auszuquartieren.

Da diese oftmals in dem Landkreis, in dem sie zur Wohnsitznahme verpflichtet sind, keinen bezahlbaren Wohnraum finden, werden sie in die Obdachlosigkeit gezwungen und finden sich so in den Notunterkünften der Kommunen wieder. Somit verlagert sich das Unterbringungsproblem von der Landkreis- auf die Kommunalebene.

Als Lösung schlagen die Antragssteller vor: "Um Obdachlosigkeit zu verhindern und der Pflicht nachzukommen, Schutzsuchende menschenwürdig unterzubringen und Obdachlosigkeit abzuwenden, müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Hierzu ist eine Erweiterung der rechtlichen Möglichkeiten notwendig. Nur auf diese Weise kann ausgeschlossen werden, dass Bedürftige mit den damit verbundenen Gefahren für ihre Gesundheit in ungeeigneten Objekten oder unter offenem Himmel nächtigen müssen.

Durch eine Änderung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) sollen die zuständigen Behörden ermächtigt werden, ungenutzte Gebäude und Grundstücke sicherzustellen, um Geflüchtete und Asylsuchende, aber auch bereits länger in Hessen Lebende vor akuter Obdachlosigkeit und damit einer Gefährdung für Leib und Leben zu bewahren. Das Gesetz bezweckt damit ausdrücklich keine Inanspruchnahme von genutztem Wohnraum oder genutzten Immobilien und Flächen."



Das Heizungsgesetz wird nach der Sommerpause verabschiedet werden: Informationen von SPD, tagesschau.de und mdr findet ihr hier:

<https://www.spdfraktion.de/heizungswende>

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/heizungsgesetz-126.html>

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/heizungs-gesetz-austausch-waermepumpen-faq-100.html>

Selenskyj zeigt sich mit NATO-Gipfel zufrieden

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat sich zufrieden mit den Ergebnissen des NATO-Gipfels in Vilnius gezeigt. "Es gibt eine gute Verstärkung bei den Waffen. Das sind Flugabwehr, Raketen, gepanzerte Fahrzeuge und Artillerie", sagte Selenskyj in seiner nächtlichen Videoansprache über die Lieferzusagen westlicher Partner. Zudem habe die Ukraine nun feste Sicherheitsgarantien und die klare Perspektive eines NATO-Beitritts erhalten.

Die Ukraine sei als Gleicher unter Gleichen behandelt worden, betonte Selenskyj. Die Sicherheitsgarantien der G7-Gruppe westlicher Wirtschaftsmächte seien das Fundament für bilaterale Abkommen mit den stärksten Nationen der Welt, versicherte er in seiner im Zugabteil aufgenommenen Rede.

Selenskyj hatte monatelang darauf gedrungen, dass sein Land in Vilnius von der NATO für die Zeit nach dem Krieg eine offizielle Einladung zum Beitritt bekommt. Staats- und Regierungschefs wie Bundeskanzler Olaf Scholz und US-Präsident Joe Biden verhinderten dies allerdings.

In der Gipfelerklärung heißt es zwar: "Die Zukunft der Ukraine ist in der NATO". Eine Einladung sei aber erst möglich, "wenn die Verbündeten sich einig und Voraussetzungen erfüllt sind". Als konkrete Beispiele werden Reformen "im Bereich der Demokratie und des Sicherheitssektors" genannt.

Zugleich erklärte die NATO, der Ukraine für ihre Verteidigung gegen Russland "so lange wie nötig" Waffen, Munition und Geld zur Verfügung zu stellen. Geplant ist nun unter anderem ein mehrjähriges Programm, um die ukrainischen Streitkräfte in die Lage zu versetzen, künftig reibungslos mit NATO-Truppen zusammenzuarbeiten.

(Auszug aus: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/selenskyj-nato-gipfelergebnisse-100.html>)

"Letzte Generation" blockiert Flughäfen

Zum Ferienstart in Hamburg haben sich Klimaaktivisten der "Letzten Generation" auf dem Rollfeld des Hamburger Flughafens festgeklebt und den Flugbetrieb mehrere Stunden lahmgelegt. Inzwischen sei der Betrieb wieder aufgenommen worden, teilte der Hamburg Airport am Vormittag mit.

Ein Sprecher des Lagezentrums der Polizei Hamburg bestätigte einen Einsatz am Flughafen. Ein Aktivist wurde nach Angaben der Bundespolizei in Gewahrsam genommen.

Der Flugverkehr war um 6.10 Uhr zunächst eingestellt worden, weil sich mehrere Klimaaktivisten am frühen Morgen Zugang zum Gelände verschafft und sich nahe der Start- und Landebahnen festgeklebt hatten.

Nach aktuellem Stand wurden 17 Ankünfte und 19 Abflüge gestrichen. Zehn ankommende Flugzeuge wurden zu anderen Flughäfen umgeleitet. Nach Angaben des Flughafens kann es ganztätig zu weiteren Flugstreichungen und Verzögerungen kommen. Am ersten Ferientag in Hamburg wurden am Airport eigentlich 50.000 Passagiere und 330 Starts und Landungen erwartet.

Die Check-Ins und Sicherheitskontrollen in Hamburg seien nun wieder geöffnet, berichtet ARD-Reporter Niklas Schenck. "Stundenlang waren die ja geschlossen und viele Reisende warten hier, wissen nicht ganz genau, ob sie heute noch fliegen können." Der erste Ferientag in Hamburg sei ein wichtiger Reisetag für den Flughafen.

(Auszug aus: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/letzte-generation-146.html>)



(Bild): Karin Hartmann zu Gast beim "Jugendpolitischen Frühstück" des dbb.

Kreis Bergstraße: Schwarzgrün lehnt kostenlose Menstruationsprodukte ab

Bereits im Austausch mit der Kreisschüler*innenvertretung mit Karin Hartmann, hatten die Jugendlichen darauf hingewiesen, dass die Thematik von kostenlosen Menstruationsprodukten ein wichtiges Anliegen sei. Wie bereits in anderen Landkreisen üblich, solle auch an Schulen im Kreis Bergstraße Menstruationsartikel in angemessenem Umfang kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die Kreisschüler*innenvertretung hatte sich hiermit in einer eigenen Projektgruppe beschäftigt. "Fehlende Aufklärung über die eigene Menstruation sowie der fehlende Zugang zu Menstruationsartikeln und Hygieneprodukten können zur Einschränkung der Grundrechte auf Bildung und Gesundheitsversorgung und zu Diskriminierung führen", so Aylin Erdogan.

Diese Benachteiligung betreffe Frauen, Mädchen und auch trans- und intergeschlechtliche Menschen, die menstruieren oder unter Inkontinenz leiden. Dieses Thema werde leider immer noch tabuisiert, was zu Scham und Benachteiligung der Betroffenen führe. „Ablage im Sekretariat oder bei Hausmeister*innen sei untragbar und stelle nur eine sinnfreie Hemmschwelle im Alltag vieler jungen Schüler*innen dar“, waren sich die drei Vertreterinnen einig.

Nun hat Schwarzgrün den Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

>>> Im Anhang: Kandidierenden Newsletter